



Siegfried Hermle | Harry Oelke (Hrsg.)

Kirchliche Zeitgeschichte_evangelisch

Band 3: Protestantismus
in der Nachkriegszeit (1945–1961)



Christentum und Zeitgeschichte 9

Kirchliche Zeitgeschichte_evangelisch

Christentum und Zeitgeschichte (CuZ)

Band 9

Im Auftrag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft
für Kirchliche Zeitgeschichte
herausgegeben von Siegfried Hermle und Harry Oelke

Siegfried Hermle | Harry Oelke (Hrsg.)

Kirchliche Zeitgeschichte_ evangelisch

Band 3: Protestantismus in der Nachkriegszeit
(1945–1961)



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

© 2021 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig
Printed in Germany

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheber-
rechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und
strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Über-
setzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und
Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Cover: Kai-Michael Gustmann, Leipzig
Titelbild: © Ev. Kirchengemeinde Alt-Duisburg
Satz: Steffi Glauche, Leipzig
Druck und Binden: CPI books GmbH

ISBN 978-3-374-06891-3 // eISBN (PDF) 978-3-374-06892-0
www.eva-leipzig.de

Inhalt

Zur Einführung.	7
I. Gesamtschau: Protestantismus in der Nachkriegszeit (<i>Harry Oelke</i>).	11
II. Protestantismus und Politik (<i>Claudia Lepp</i>).	34
III. Gesellschaftliche Herausforderungen (<i>Andreas Gestrich</i>).	56
IV. Kirchliche Ordnung und Strukturen (<i>Karl-Heinz Fix</i>).	78
V. Christliche Milieus und Gruppen (<i>Klaus Fitschen</i>).	101
VI. Theologische Signatur (<i>Arnulf von Scheliha</i>).	123
VII. A. Bildung (<i>Antje Roggenkamp</i>).	144
B. Kultur (<i>Maike Schult</i>).	154
VIII. Ökumene (<i>Thomas Martin Schneider</i>).	165
IX. Diakonie (<i>Norbert Friedrich</i>).	188
X. Christen und Juden (<i>Siegfried Hermle</i>).	209
Literaturverzeichnis.	231
Personenregister.	243

Zur Einführung

Die Geschichte von Kirche und Christentum seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ist als Kirchliche Zeitgeschichte Bestandteil des akademischen und öffentlichen Geschichtsinteresses. Denn religionsbezogene, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen der Gegenwart haben vielfach kirchliche oder religiöse Wurzeln, die in ihrer Genese weit ins 20. Jahrhundert zurückreichen. Eine differenzierte Gegenwartsdeutung bedarf somit auch des Wissens um die vorausgehende kirchliche Zeitgeschichte. Die kirchen- und allgemeinhistorische Forschung ist seit geraumer Zeit erfreulich aktiv. Somit ist es nunmehr möglich, sich auf der Grundlage der Detailstudien und partieller kirchenhistorischer Überblicksdarstellungen an eine umfassende Darstellung zu wagen.

Der vorliegende dritte Band der Reihe *Kirchliche Zeitgeschichte evangelisch* wendet sich der Rolle des Protestantismus in der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu und zeichnet den einerseits vom Erbe der NS-Zeit und den Kriegsfolgen belasteten, andererseits von den westlichen Alliierten zunächst privilegierten Neuanfang der evangelischen Kirche in Deutschland nach. In den Blick gerät die »eine« evangelische Kirche im Zeichen der deutschen Doppelstaatlichkeit seit 1949. Der Bau der Mauer 1961 markiert schließlich nicht nur eine politische Zäsur, sondern setzt mit seinen weitreichenden Wirkungen auch für den Protestantismus in Ost- und Westdeutschland eine Wendemarke, die das Ende der Nachkriegszeit kennzeichnet.

Diese Publikation ist Teil einer insgesamt vierbändigen handbuchartigen Gesamtdarstellung der Kirchlichen Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts aus evangelischer Perspektive: Erschienen sind bereits Protestantismus und Weimarer Republik (I) sowie Protestantismus und Nationalsozialismus (II); in absehbarer Zeit folgt der letzte Band der Reihe, der die Jahre der gesellschaftlichen Umbrüche vom Mauerbau bis 1991 (IV) umfasst.

Alle Bände sind identisch gegliedert. Somit bietet jeder der vier Bände für sich genommen eine abgeschlossene Darstellung zu einer Teilepoche der Kirchlichen Zeitgeschichte. Zusammen offerieren sie einen systematischen Zugang zu einzelnen Themenfeldern im historischen Längsschnitt. Jedes Kapitel ist in etwa gleichgewichtig und hat einen annähernd gleichen Umfang.

Für die *Nutzung* bieten die Bände verschiedene Möglichkeiten der Orientierung und eines interessen geleiteten Zugriffs. Innerhalb der Einzelbeiträge erlauben Zwischenüberschriften eine schnelle Orientierung. Wichtige Institutionen werden bei der Erstnennung ausgeschrieben und sind, sofern sie im weiteren Verlauf abgekürzt genutzt werden, in entsprechender Kurzform in Klammern ausgewiesen. Die Literaturangaben am Ende jedes Kapitels sind auf wenige grundlegende Hinweise beschränkt. Ein Gesamtliteraturverzeichnis am Ende des Bandes führt neben dieser Literatur auch noch andere themenspezifische Titel auf. Zitate lassen sich über die ausgewählten Literaturangaben am Ende der jeweiligen Kapitel oder, wenn dort Titel nicht aufgeführt werden, über das Gesamtliteraturverzeichnis verifizieren. Das anschließende Personenregister, das durch Lebensdaten ergänzt wird, ermöglicht einen personenbezogenen Zugang.

Für die einzelnen Kapitel zeichnet jeweils eine *Autorin* bzw. ein *Autor* verantwortlich, nur in Kapitel sieben waren zwei Autorinnen tätig, was dem komplexen Themenfeld geschuldet ist. Für die zehn Kapitel haben sich die namentlich ausgewiesenen Expertinnen und Experten aus der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte und darüber hinaus zur Mitarbeit gewinnen lassen. Sie haben sich die konzeptionellen Vorgaben des Bandes in professioneller Weise zu eigen gemacht und auf die publizistischen Erfordernisse abgestimmte Beiträge beigesteuert. Dafür und für die angenehme Zusammenarbeit gilt ihnen ebenso der nachhaltige Dank der beiden Herausgeber wie der studentischen Hilfskraft am Lehrstuhl für Kirchengeschichte der Universität zu Köln, Frau Johanna Herbst, für die sorgsame Erarbeitung des Personenregisters.

Siegfried Hermle
Köln/München, im Juli 2021

Harry Oelke

I. Gesamtschau: Protestantismus in der Nachkriegszeit

1. Zusammenbruch als Zäsur

Als der Zweite Weltkrieg am 8. Mai 1945 mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch die deutsche Wehrmacht im Hauptquartier der Roten Armee in Berlin-Karlsdorf zu Ende ging, markierte das eine tiefe Zäsur auch in der Kirchengeschichte des 20. Jahrhunderts. Nun zeigten sich die Folgen des Zweiten Weltkriegs in ihrer ganzen Dramatik: Trümmerlandschaften rauchten allerorten, menschliche Verluste schmerzten und die deutschen Kriegsverbrechen in ihrer grausamen Gesamtheit, die Wirklichkeit der Konzentrationslager sowie ihre Vernichtungsmaschinerie wurden der deutschen und der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt. Beiden großen Kirchen in Deutschland war klar, dass man in dieser historischen Situation nicht einfach zur Tagesordnung übergehen konnte. Schwere geschichtliche Hypotheken aus der NS-Zeit belasteten auch den anstehenden Wiederaufbau der Kirchen. Es gab 1945 keine Option auf einen Neustart, ohne die Vergangenheit miteinzubeziehen.

Die Kirchen hatten in den zwölf Jahren der NS-Herrschaft eine gravierende Schwäche darin gezeigt, die vom christlichen Glauben gebotene Wächterfunktion (Apg 5,29) für das öffentliche Leben nicht wahrgenommen zu haben. Dieses Wegsehen und Ausblenden des gesellschaftlichen Raumes aus der christlichen Wahrnehmung hatte nicht nur, aber insbesondere in der Frage nach dem Verhältnis zu den Jüdinnen und Juden zu ei-

ner schuldhaften Verstrickung beider Kirchen mit dem Nationalsozialismus (NS) geführt. Die ein klares Bekenntnis verlangende Mitschuld der Kirche an diesen Verbrechen, insbesondere am Völkermord an den Jüdinnen und Juden, wog nach 1945 schwer – bis auf die Ebene persönlicher Schuld. Der konkrete Umgang mit diesen Problemen der Vergangenheit war die Herausforderung für ein auf die Zukunft ausgerichtetes kirchliches Handeln nach Kriegsende.

Zunächst einmal war akute Hilfe dringend notwendig: Die deutsche »Zusammenbruchsgesellschaft« (Christoph Kleßmann) mit ihrem kriegsbedingten Elend machte für beide Großkirchen ein entschiedenes Vorgehen notwendig. Die Kirchen waren in dieser bedrängenden Gesamtlage gefordert, die Erwartungen, auch von politischer Seite, waren groß.

2. Privilegierter Neubeginn

Jedes kirchliche Handeln war nach Kriegsende von dem Umstand bestimmt, dass Deutschland den NS nicht selbst überwunden hatte, sondern von außen befreit worden war. Da beide Großkirchen sich aus Sicht der vier Alliierten (England, Frankreich, USA, Sowjetunion) von der NS-Herrschaft z. T. nicht hatten vereinnahmen lassen, hatten sie sich bei den Besatzungsmächten zumindest ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit bewahrt. Infolgedessen wurde ihnen – auch mangels Alternativen – eine bevorzugte Behandlung zuteil. Gleichwohl war das Machtgefälle zwischen beiden Seiten zu Ungunsten der Kirchen evident.

Ansatzpunkt für das kirchliche Handeln in der Notlage bei Kriegsende war die seit der Reformation bewährte landeskirch-

liche Struktur. Die 28 evangelischen Landeskirchen verteilten sich auf die vier Besatzungszonen und waren den jeweiligen Militärregierungen unterstellt, mit denen man sich beim Neuaufbau zu arrangieren hatte. Dabei machte man höchst unterschiedliche Erfahrungen, denn die Alliierten orientierten sich an den jeweiligen religionskulturellen Traditionen ihres Landes. Während Engländer und Amerikaner von einem starken menschlichen Veränderungsoptimismus getragen vor allem »umerziehen« wollten, griffen die auf Sicherheit bedachten Franzosen in die einzige ihnen unterstellte Landeskirche, die pfälzische, unmittelbar verändernd ein. Die auf marxistisch-leninistischer Grundlage agierende sowjetische Besatzungsmacht hingegen erwies sich tendenziell als eher antikirchlich und -christlich.

Die vier Militärregierungen hatten sich untereinander frühzeitig über einen vergleichsweise moderaten Umgang mit den deutschen Kirchen verständigt. Sie räumten beiden Großkirchen mehr als allen anderen gesellschaftlichen Institutionen grundlegende Privilegien und Rechte ein, vor allem hinsichtlich des Aufbaus der kirchlichen Sozialwerke, der Religionsausübung, des schulischen Religionsunterrichts und der kirchlichen Pressearbeit. Selbst die Entnazifizierung des Pfarrpersonals sollten sie in Eigenregie durchführen, lediglich eine indirekte Kontrolle wurde dafür von alliierter Seite ins Auge gefasst. Die Kirchen nutzten diese Freiräume für ihre Angelegenheiten. Die führenden Kirchenvertreter avancierten zu wichtigen Gesprächspartnern der Militärregierungen. Allerdings hielt diese recht einvernehmliche Phase zwischen Alliierten und Kirchen nicht lange an. Die jeweiligen Eigeninteressen zwischen Siegern und Besiegten rückten auseinander und sorgten zunehmend für Spannungen. Gleichwohl nutzten die Kirchen den

zugestandenen Freiraum nach innen, um kirchliche Strukturen zu schaffen, und nach außen, um das neu entstehende Sozial- und Staatswesen mitzugestalten.

3. Verantwortung im öffentlichen Raum

Der Neuaufbau der evangelischen Kirche war von Anfang an klar erkennbar von einem innerkirchlichen Einstellungswandel bestimmt. »Verantwortung für das öffentliche Leben« lautete der Titel der ersten Kundgebung des in der Kirchenkonferenz in Treysa im August 1945 konstituierten vorläufigen Rates der EKD. Im Gegensatz zur vormaligen stummen Duldung des Aufstiegs der Nationalsozialisten zur Herrschaft und ihres fatalen Missbrauchs wurde jetzt als Aufgabe der Kirche herausgestellt, das Leben im öffentlich-politischen Raum verantwortungsvoll zu begleiten und nunmehr eine Wächterfunktion einzunehmen, die in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sein sollte.

Weniger Einmütigkeit herrschte in Treysa über den einschlagenden Kurs beim inneren Wiederaufbau der evangelischen Kirche. Die Last des kontrovers gestalteten Kirchenkampfes war greifbar, als in scharfer Gegensätzlichkeit über die kirchenorganisatorische Zukunft der evangelischen Kirche gestritten wurde. Auch wenn in diesen frühen Jahren des Neubeginns die evangelische Kirche sich als eine »Konfliktgemeinschaft« (Wolf-Dieter Hauschild) erwies, kam es nach intensiven Beratungen 1948 in Eisenach zur Annahme der Grundordnung der EKD, bevor im Jahr darauf die deutsche Doppelstaatlichkeit eintrat. Die in Ost und West gleichermaßen gültige Grundordnung berührte und verband das seit 1949

politisch in zwei deutsche Staaten getrennte Land. Bis dahin hatten die evangelischen Kirchenvertreter als »Sprecher und Fürsprecher des deutschen Volkes« [Lepp 2001, 67] gegenüber den Alliierten für die politische Einheit Deutschlands votiert. Die doppelte Staatsgründung sahen die Protestanten kritisch; ihre Vorbehalte waren vor allem in der 1870 zementierten protestantischen Verwurzelung im Nationalstaat begründet. Auch der Umstand, dass die Kernländer der Reformation in der sowjetischen Besatzungszone lagen, sensibilisierte sie notgedrungen von Anfang an für die nationale Frage.

Die doppelte Verfassungsrealität schuf für die evangelischen Kirchen unterschiedliche Rahmenbedingungen. Während sich im Westen eine auf das Grundgesetz gestützte EKD in kooperierender Weise in der jungen Bundesrepublik mehr oder weniger erfolgreich mit dem demokratischen Staat arrangierte, entwickelte sich in der DDR ein eher spannungsvolles, konfliktreiches Verhältnis zum sozialistischen Staat. Durch ihre institutionelle gesamtdeutsche Präsenz wirkten die Kirchen in Ost und West in die beiden unterschiedlichen Gesellschaftsformationen hinein. Dabei waren die protestantischen Kirchen beidseits der Grenze von Anfang an ein Politikum. Bis zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1969 übernahm die EKD die Rolle des geistig-kulturellen Verbindungsglieds zwischen den getrennten Deutschen in Ost und West.

Die parteipolitischen Präferenzen der EKD tendierten in der Bundesrepublik ungeachtet einzelner protestantischer Vorbehalte gegenüber der von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) zielstrebig betriebenen Westeinbindung der Bundesrepublik zunächst zu den Zielen der CDU/CSU. Vor allem die Durchsetzung christlicher Werte und Normen bei der Gestalt-

ung des Grundgesetzes fand evangelische Sympathien. Erst als die SPD sich 1959 im Godesberger Programm von der sozialistischen Arbeiterpartei zur Volkspartei wandelte, setzte ein Orientierungswechsel bei evangelischen Christinnen und Christen hin zur SPD ein. In der DDR war die Situation der Christenmenschen und Kirchen ungleich schwieriger, denn ungeachtet gelegentlicher Lockerungen blieb die SED grundsätzlich an der Zurückdrängung von Kirchen und Christentum aus der gesellschaftlichen Mitte des sozialistischen Staats orientiert.

4. Politische und gesellschaftliche Herausforderungen

Mit dem Konzept der Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung fiel der evangelischen Kirche bei der Umsetzung in der Nachkriegszeit eine exponierte Rolle zu, die weit über den kirchlichen Handlungsbereich hinauswies. Während Kirchen in gewöhnlichen Zeiten meist nur auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse reagieren, waren sie in dieser Zeit »Akteure des Wandels« [Pollack, 265], auch wenn sie dabei bis an die Grenze des Machbaren herausgefordert waren – bisweilen wurde die Grenze notgedrungen überschritten. Das Aufgabenfeld war weit abgesteckt: von der millionenfachen Integration der Vertriebenen aus den Ostgebieten über die Gründung des Kirchlichen Hilfswerks sowie die Wahrnehmung politischer Ämter durch Pfarrer und Theologen und der seelsorgerlichen Betreuung von Kriegsgefangenen bis hin zur Übernahme der Anwaltsrolle für die Mehrheit der Deutschen gegenüber den Alliierten und die Stärkung der nationalen Identität.

Dabei stand jedes kirchliche Engagement unter zwei Vorzeichen: Da war erstens die einzugestehende Mitschuld an der Shoa. Dieser vorrangig gebotene Vorgang war im Protestantismus einerseits durch das Spannungsfeld von kollektiver Vergegenwärtigung und Erinnerung an das Geschehene, andererseits von einer latenten Erinnerungsabwehr gekennzeichnet. Die Synode der EKD in Berlin-Weißensee 1950 sprach von »mitschuldig« und setzte mit Blick auf die Shoa einen Anfangspunkt. Es folgte noch ein langer Lernprozess, in dem es die Kirche erst allmählich verstand, ihre Schuld an diesen Verbrechen in ihrem dramatischen Ausmaß klar zu benennen und sensible Umgangsformen damit zu entwickeln. Der zweite herausragende leitthematische Zusammenhang, der seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert erkannt worden war und von dem die Kirchen sich jetzt massiv herausgefordert sahen, war die ungeachtet aller zeitbedingten Schwankungen in Ost und West präsente und stetig anwachsende Entkirchlichung. Verstanden als kollektiver Abfall von Gott diente das sogenannte Säkularisierungsparadigma nach 1945 den Großkirchen als vorrangiges Erklärungsmuster für die Ermöglichung des NS und seiner Verbrechen. Die von beiden Kirchen nach Kriegsende intendierte europäische »Rechristianisierung« wurde von ihnen intensiv betrieben. Das Problem indes erwies sich als ein langfristiges und bleibt bis in die Gegenwart hinein ein Signum evangelischer und katholischer Kirchlichkeit. Während in der Bundesrepublik die Rechristianisierung zum kirchlichen und politischen Programm gemacht wurde, ging es in der DDR um das Gegenteil: Der sozialistische Staat agierte auch religionspolitisch fest auf marxistisch-leninistischer Grundlage und strebte in Fortsetzung der sowjetischen Be-

satzungspolitik eine fortdauernde Dechristianisierung seiner Gesellschaft an.

Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit markierte einen wichtigen Rahmenfaktor für das kirchliche Leben. Man befand sich in der Bundesrepublik auf einem Weg aus der Mangelwirtschaft zum »Kleinen Wohlstand« (Michael Wildt), der zu nicht geringen Teilen den wirtschaftspolitischen Weichenstellungen des Jahres 1948 geschuldet war, insbesondere dem von beiden großen Kirchen geförderten Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. In den 1950er Jahren erlaubten »Wirtschaftswunder« und »Konsumwelten« breiten gesellschaftlichen Kreisen die Erfahrung eines »Konsumglücks«. Die Schwelle zur »Massenkonsumgesellschaft« war dann mit dem Beginn der 1960er Jahre überschritten. In der DDR war der Staat in der Nachkriegszeit bis zum Ende der 1950er Jahre um die Deckung der grundlegenden Bedürfnisse bemüht (»Bedarfsdeckungsgesellschaft« [Merkel, 290]). Die staatliche Enteignungspolitik und die Herstellung sozialistischer Eigentumsverhältnisse in Verbindung mit einer Politik, die auf die Autarkie des sozialistischen Staates abhob, stellte die Kirche vor andere Herausforderungen als im konsumorientierten Westen Deutschlands.

Für den Aufbau einer christlichen Gesellschaft hatten beide Großkirchen die Stärkung des Familienlebens auf christlicher Basis vor Augen. Die vielen männlichen Kriegstoten hatten allein in Westdeutschland 1,7 Millionen Witwen zurückgelassen. Millionen von Halb- und Vollwaisen könnten, so befürchtete man auf kirchlicher Seite, das traditionelle Familienmodell weiter auflösen. Beide Kirchen entwickelten sich unter diesen Vorzeichen zu starken Verteidigerinnen der christlichen Ehe.

Das seit der Nachkriegszeit gesteigerte Konsumverhalten in der Bundesrepublik stand in einer unmittelbaren Beziehung zur zunehmenden Freizeit: zunehmend disponible Zeitkontingente und die Steigerung finanzieller Ressourcen bedingten die Zunahme an Freizeitmöglichkeiten. Da dafür insbesondere das Wochenende als ausbaufähige Zeitressource entdeckt wurde, waren insbesondere die Kirchen als traditionelle Verwalterinnen der Sonntagszeit von dem veränderten Freizeitverhalten herausgefordert.

Neben diesen Aspekten der persönlichen Lebensführung waren es gesellschaftliche Belange, die die Kirchen bei der Wahrnehmung des selbst vorgegebenen Öffentlichkeitsauftrags zu bedenken hatten. Insbesondere die nationale Frage berührte die protestantische Identität. Damit verbanden sich zwei frühe Schübe der Politisierung des Protestantismus:

Begleitet von dem 1950 ausbrechenden Koreakrieg, der den Deutschen vor Augen führte, welche Folgen die Teilung des Landes im Konfliktfall nach sich ziehen konnte, entwickelten sich Aversionen gegen die Wiederbewaffnung der BRD. Den Protestanten war klar, dass die im Westen installierten Waffensysteme sich im Ernstfall gegen die »Brüder und Schwestern« im Osten richten würden und umgekehrt. Evangelische Christinnen und Christen beteiligten sich zunächst noch vereinzelt, bald zahlenmäßig zunehmend und engagierter an dieser Debatte.

Die sich seit 1957 anschließende Diskussion über die atomare Bewaffnung der BRD setzte ein weiteres Protestpotential in evangelischen Kreisen frei. Die Initiative »Kampf dem Atomtod« und die Ostermarschbewegung waren die frühen Profilierungen einer Protestkultur, die auch von Teilen des Protestantismus mitgetragen wurde. Mit diesen Anfängen einer

protestantischen Politisierung in den 1950er Jahren war der Entstehungszusammenhang und die Grundlegung für einen der wirkmächtigsten Transformationsprozesse in der Geschichte des Protestantismus im 20. Jahrhundert vorgegeben: die Auflösung eines mental vergleichsweise übergreifend präsenten, traditionellen Nationalkonservatismus zu einem politischen Pluralismus, in dem auch ein Linksprotestantismus seinen festen Platz hatte. Die Lage der Kirchen in der DDR stellte sich erneut völlig abweichend von der Situation in Westdeutschland dar: Der von der EKD unterzeichnete Militärseelsorgevertrag von 1957 bot der DDR-Regierung den Anlass, die ostdeutschen Landeskirchen weiter von der EKD, die als »Nato-Kirche« titulierte wurde, zu entfernen.

5. Protestantische Handlungsfelder: Milieus und Gruppen

Bei der Gestaltung der Nachkriegsgesellschaft fiel protestantisch gesinnten Milieus und Gruppen innerhalb und außerhalb der Kirche eine nicht geringe Bedeutung zu. Der kirchliche Verbandsprotestantismus markierte spätestens seit dem 19. Jahrhundert ein wichtiges Handlungsfeld des Protestantismus. Seine maßgeblichen Institutionen hatten durch die politischen Restriktionen der NS-Zeit und dem daraus resultierenden Spannungsfeld mit den politischen Gegebenheiten und dem Beschreiten eines eigenen Weges auf jeden Fall eine schwere Last zu tragen, die einen Neustart erschwerte. Dazu kam ein weiteres Problem: ob Gustav-Adolf-Verein, Martin-Luther-Bund oder auch der Evangelische Bund – die deutsche Doppelstaatlichkeit machte diesen gesamtdeutsch ausge-

richteten und arbeitenden Einrichtungen zu schaffen, da eine grenzüberschreitende, koordinierte Organisation kaum möglich war. Gleichwohl wurde die Chance des Neuanfangs punktuell mit Verve wahrgenommen.

Der Protestantismus hatte seit dem Aufkommen der Kirchenpresse im 19. Jahrhundert eine enge Beziehung zur Publizistik kultiviert. Daher war nach den Jahren unter dem totalitären NS-Regime mit seiner gelenkten Presse und dem verbreiteten Ausfall des Zeitungswesens in der Kriegszeit nunmehr der Wunsch groß »nach einer Presse, die endlich an Stelle des Hasses und der Lüge Gerechtigkeit, Versöhnung und strenge Wahrhaftigkeit auch im öffentlichen Leben predigt«, wie man auf der Kirchenversammlung in Treysa befand [Greschat/Krumwiede, 186]. Die Entwicklung der 1950er Jahre brachte eine Erfolgsgeschichte der evangelischen Presse. Sie avancierte zum »Leitmedium evangelischer Publizistik« [Rosenstock, 215–281]. Diese exponierte Stellung behielt die Kirchenpresse bei, solange die Kirchen in Westdeutschland noch als Repräsentantinnen einer von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptierten christlichen Leitkultur galten, also bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre.

Auch die Gründung der evangelischen Akademien ist dem kirchlichen Nachkriegsimpuls zur Übernahme öffentlicher Verantwortung geschuldet. Der ersten Gründung im Herbst 1945 in Bad Boll folgten eine größere Zahl weiterer Akademieveröffnungen in Ost und West. Für evangelische Laiinnen und Laien sowie für Funktionsträgerinnen und Funktionsträger boten die Akademien wichtige Foren zum Austausch über berufs- und gesellschaftsbezogene Fragen. Durch die Themen im Grenzbereich von Kirche und Gesellschaft bzw. Theologie und Politik leisteten die Tagungshäuser auch einen frühen Beitrag

zur Etablierung der Demokratie in der Bundesrepublik. Die Akademien auf dem Gebiet der SBZ/DDR hatten sich unter ungleich schwierigeren politischen Bedingungen zu bewähren, denn der Monopolanspruch des DDR-Staats hatte kein Interesse, nur schwer zu kontrollierende Gesprächsforen unter den Dächern kirchlicher Akademien im eigenen Land gewähren zu lassen.

Außerhalb des Kernbereichs traditioneller evangelischer Kirchlichkeit kam es in der Nachkriegszeit ebenfalls zu Neuaufbrüchen. Ein prominentes Beispiel sind die Kirchentage der 1950er Jahre, sie verkörpern den seit Treysa erkennbaren kirchlichen Transformationsprozess zu einer gesellschaftszugewandten Übernahme von Verantwortung par excellence. Der maßgebliche Mitbegründer der Bewegung, Reinold von Thadden-Trieglaff, hatte bei diesen Treffen das Ziel vor Augen, explizit die gesellschaftspolitische Verantwortung des laikalen evangelischen Christentums zu stärken. Die Kirchentage verbanden anfangs pietistische und ökumenische Ansätze und wollten den drückenden Kriegsfolgen als »volkskirchlich-missionarische Kirchentage« (Helmut Simon) ein Zeichen christlicher Hoffnung und geistlicher Zurüstung entgegenstellen. Sie verstanden sich auch als äußere Demonstration des Willens zur nationalen Einheit durch praktizierte Ost-West-Gemeinschaft, die bei zunehmenden politischen Erschwernissen durch DDR-Behörden das »Wunschbild einer Gesellschaft ohne Widersprüche« [Henkys] entwickelte.

Neue Institutionen erwachsen aus traditionellen evangelischen Arbeitsfeldern, so etwa, wenn die vormalige »Apologetische Zentrale« in der »Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen« eine Fortsetzung unter modernen Vorzeichen fand.

Die Praxis auf den kirchlichen Handlungsfeldern im gesellschaftlichen Raum wurde überwiegend von Männern ausgeübt, die Gestaltung durch Frauen – auch in den Verbänden – war die Ausnahme. In dem von der Kirche in der Nachkriegszeit propagierten konservativen Leitbild, das die Frau vornehmlich dem Mann nachgeordnet einen Platz in der Familie zuwies, waren die Nachwirkungen entsprechend idealisierter Vorstellungen deutlich erkennbar, die zuletzt in der NS-Zeit verstärkt worden waren. Die restriktiven Ansichten korrespondierten mit einer entsprechenden kirchenrechtlichen Praxis. Der Anteil von Frauen im Theologiestudium war mangels fehlender Berufsperspektiven gering. Diejenigen, die den akademischen Weg beschritten, trafen häufig auf eine ablehnende Haltung der Gemeinden. Der Weg zur Einführung der Frauenordination war beschwerlich und gestaltete sich seit 1950 (Hessen-Nassau) in den einzelnen Gliedkirchen zeitlich und dienstrechtlich unterschiedlich.

6. Reflexionen und Reaktionen in Theologie und Kultur

Auch die Wiederaufnahme der akademischen *Theologie* war nach Kriegsende durch die zurückliegende zwölfjährige NS-Herrschaft bestimmt. Allerdings kam es nicht zu einer grundsätzlichen Neuorientierung, wie das nach dem Ersten Weltkrieg als »Theologie der Krisis« eine »theologische Aufbruchsbewegung mit dem entsprechenden Kairos-Bewusstsein« [Fischer 1983, 364] gekennzeichnet hatte. Zu den Ausgangsbedingungen gehörte allerdings eine gewisse Defizitanzeige: Trotz der diversen theologischen Entwürfe in der NS-Zeit hatte sich keiner von ihnen als tauglich erwiesen,

zwischen Offenbarung und Geschichte so zu vermitteln, dass daraus eine wachsame, kritische Begleitung des öffentlichen Raumes für die evangelische Seite begründbar und realisierbar gewesen wäre. Die nun neu einsetzende theologische Arbeit reagierte durch eine dezidierte Zuwendung zu den weltlich vorgegebenen modernen Lebensbedingungen zumindest implizit auf die Versäumnisse der Vergangenheit, nicht selten auch durch eine explizit ethische Ausrichtung.

Die theologischen Fakultäten fügten sich in das staatlicherseits angestrebte und von den Landeskirchen naturgemäß mitgetragene Rechristianisierungskonzept. Sie wurden in ihrem Bestand keineswegs hinterfragt – im Gegenteil, ein halbes Dutzend kirchlicher Hochschulen kamen neu hinzu bzw. wurden wieder eröffnet.

Im Zeichen der Kontinuität standen die vor 1945 begonnen großen systematischen Entwürfe, die jetzt zu Ende geführt wurden. Allen voran schrieb Karl Barth seine Kirchliche Dogmatik mit stupendem Fleiß fort, blieb dabei aber dem einmal eingeschlagenen geschichtsfernen Weg treu. Erst die nachrückende Generation der von ihm geprägten Theologen, insbesondere Hans-Joachim Iwand, Walter Kreck, Karl Gerhard Steck und Helmut Gollwitzer, bezog die politischen Nachkriegsprobleme in die theologische Reflexion mit ein und nahm damit z. T. Einfluss auf den kirchenpolitischen Diskurs in West- und auch in Ostdeutschland.

Nach den ideologiegeleiteten und manipulativen Einflussnahmen des NS auch auf die Wissenschaftspraxis setzte Gerhard Ebeling den Fokus auf die Bibel und ermöglichte mit der von ihm propagierten hermeneutischen Praxis eine kontrollierte und intersubjektiv überprüfbare Verfahrensweise mit der

Bibel, die Willkür ausschloss und deren Bezug auf die Wirklichkeit des Menschen sprachlich vermittelt blieb.

So unterschiedlich denkende Theologen wie Paul Althaus, Paul Tillich und Rudolf Bultmann mit abweichenden theologischen Entwürfen zeigten in der Nachkriegszeit das übereinstimmende Bemühen, ihr theologisches Denken inhaltlich (über Luther bei Althaus) oder methodisch (die Korrelationsmethode bei Tillich) mit einem starken Gegenwartsbezug an der Wirklichkeitserfahrung des Menschen in der modernen Lebenswelt auszurichten. Die vehemente Kritik an Bultmanns Versuch, das Neue Testament von unnötigem mythologischen Ballast zu entschlacken, machte dabei deutlich, wie ungewohnt diese theologische Ausrichtung für viele noch war. Die lautstarken Reaktionen dienten vor allem in den 1960er Jahren als Projektionsfläche für Irritationen und Verunsicherungen, die die modernen Lebensverhältnisse auf ein traditionsbewusstes Christentum auszulösen vermochten.

Der 1945 im KZ Flossenbürg ermordete Dietrich Bonhoeffer wirkte mit der aus der Gefängnishaft entwickelten Vorstellung einer »nicht-religiösen Interpretation biblischer Begriffe«, aber auch mit seinen ethischen Darlegungen (Ethik, postum 1948) anlässlich der politischen Umstände in West- und Ostdeutschland, allerdings mit abweichenden Rezeptionen.

Durch die relative Wertschätzung, die die Kirchen von Seiten der Alliierten nach Kriegsende genossen, wurde ihnen auch die Rolle einer kulturtragenden Institution beigemessen, mit der die Besatzungsmächte eine erzieherische Wirkung verbanden. Die von der Kirche in Treysa selbst übernommene Aufgabe in Bezug auf die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung wurde zumindest teilweise auf den Bereich der *Kultur* ausgedehnt.